

# **Die westliche Richtung der ukrainischen Außenpolitik – Unter besonderer Berücksichtigung von Polens „Anwaltschaft“ für die Ukraine im multilateralen Feld**

Günther Guggenberger

## **Einleitung**

Jeder Staat hängt auf vielfältige Weise – (geo)politisch, ökonomisch, kulturell usw. – von anderen Ländern und seinem gesamten internationalen Umfeld ab. Diese Beziehungen werden im Falle der Ukraine maßgeblich von einer nicht nur geographisch bestehenden Nähe zu Russland sowie dem sowjetischen Erbe bestimmt. Moskau versucht auch eineinhalb Jahrzehnte nach dem Zerfall der UdSSR, gegenüber der Ukraine ganz bestimmte Interessen zu definieren und durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund erhielt die Westpolitik der Ukraine eine spezifische Bedeutung: Sie sollte einen Ausgleich zu den Beziehungen zu Russland bilden und Gefahren für die Souveränität des Landes abwehren. In der Außenpolitik, die hier vereinfacht als Summe von Sicherheits-, Außenwirtschafts- und Auslandskulturpolitik gelten soll, geht es auch und gerade um das Kennenlernen und Einüben international üblicher Spielregeln (was nicht nur das Völkerrecht meint) und um die Rezeption von Innovationen in der Welt. Darin hatte die Ukraine in vielerlei Hinsicht Nachholbedarf. Die weitgehende durch die Existenz der Sowjetunion bedingte Isolation und desintegrative Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft nach deren Zusammenbruch hinterließen ein Vakuum, das die Institutionen der unabhängigen Ukraine angesichts des Fehlens verschiedener materieller und immaterieller Ressourcen nur langsam (und bis heute nicht vollständig) ausfüllen konnten. Daher wuchs in den Jahren nach der Unabhängigkeit (1991) die Erkenntnis, dass das Land Reformen und Know-How-Transfer braucht, wobei der Westen zum attraktiven Modernisierungsmodell wurde. Dies wird u.a. in der jüngsten Entwicklung der ukrainischen Westpolitik deutlich. Sie

zeigt, dass über Erfolg und Misserfolg der ukrainischen Außenpolitik v.a. im Inneren entschieden wird – und konkret bei der Adaptierung von externen Methoden und Regeln. Dieser im Rahmen einer asymmetrischen Beziehung stattfindende Prozess hat in der Ukraine bereits verschiedene Widerstände ausgelöst.

Das Ziel des vorliegenden Beitrages ist die Darlegung des aktuellen Standes der Beziehungen der Ukraine zum Westen und insbesondere zum Nachbarland Polen. Das Hauptaugenmerk im multilateralen Bereich liegt bei EU und NATO. Dazu stellen sich folgende Fragen: Wie gestaltete die Ukraine ihre diesbezüglichen Beziehungen seit 1991? Welche Erfolge und Rückschläge sind zu verzeichnen? Welche Bedeutung hatte und hat diese Richtung für die Entwicklung des Landes insgesamt? Hat sich der Stellenwert der Westpolitik im Rahmen der Außenpolitik Kiews im Laufe der Zeit verändert? Welche außenpolitischen Ziele stehen gegenwärtig bei Parteien und Regierung im Mittelpunkt und wie sind sie zu erreichen?

### **Rahmenbedingungen der Außenpolitik der Ukraine**

Trotz der 1991 gegebenen Einwilligung der russischen Führung zur Auflösung der Sowjetunion und ungeachtet des ukrainisch-russischen Grundlagenvertrages von 1997 zeigen verschiedene sicherheitspolitische Dokumente Russlands, Äußerungen in Politik und Medien sowie konkrete Handlungen staatlicher und nichtstaatlicher russischer Akteure, dass die Ukraine als Teil der eigenen Einflusszone betrachtet wird.<sup>1</sup> Die große Bedeutung des nordöstlichen Nachbarn ergibt sich v.a. aus der Abhängigkeit der Ukraine bei Energieträgern, der Zusammenarbeit in verschiedenen Produktionsbereichen wie Rüstungsproduktion und Weltraumtechnik, der allgemeinen Bedeutung Russlands als Handelspartner und seinen Beteiligungen an zahlreichen wichtigen ukrainischen Unternehmen, dem anhaltenden Einfluss russischer Medien usw. Probleme

---

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Anatolij Pavlenko/Martin Malek: Zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland. Überlegungen aus ukrainischer Sicht. In: Erich Reiter (Hg.): Krisengebiete in Europa. Hamburg 2001, S. 215-223.

resultieren nicht nur aus der ukrainischen Abhängigkeit von russischen Energieträgern und der Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim, sondern zeigten sich auch bei der Festlegung der gemeinsamen Grenzen,<sup>2</sup> in Handelsfragen<sup>3</sup> und beim Thema eines eventuellen Beitritts der Ukraine zur NATO, den Moskau naturgemäß entschieden ablehnt. Weiters wird in Russland der nach der Orangen Revolution im Herbst 2004, die Viktor Juschtschenko ins Amt des Präsidenten trug, begonnene Einsatz Kiews für die Demokratisierung im sogenannten „postsowjetischen Raum“ (d.h. der GUS) kritisch bewertet.

In Westeuropa und Nordamerika wurde die Unabhängigkeit der Ukraine von wenigen Ausnahmen abgesehen (so Kanada mit seiner relativ großen ukrainischen Diaspora) zunächst zurückhaltend aufgenommen; man interessierte sich in erster Linie für die Abrüstung der von der untergegangenen Sowjetunion übernommenen Kernwaffen. Die Beziehungen der Ukraine zum Westen wurden noch lange nach 1991 (und teilweise bis heute) vor dem Hintergrund dessen Beziehungen zu Russland betrachtet: In den westlichen Staatskanzleien und in den Zentralen von EU und NATO scheute man vor intensiven Kontakten mit Kiew zurück, um Moskau nicht zu verstimmen. Mittlerweile hat die EU aber ihr Interesse an Reformen in der Ukraine und an vertieften Beziehungen mit ihr bekundet. Die Investitionstätigkeit von Firmen aus der EU in der Ukraine hat zugenommen, doch sind die Wirtschaftsbeziehungen mit ihr nach wie vor unbefriedigend: Die Ukraine ist auch eineinhalb Jahrzehnte nach dem Zerfall der UdSSR, die sich als einen „einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex“ betrachtet hatte, zu einem erheblichen – von folgender Tabelle veranschaulichten – Maße auf die Handelstätigkeit mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken angewiesen.

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Tatiana Zhurzhenko in dieser Broschüre.

<sup>3</sup> Kiew lehnt handelspolitische Vereinbarungen ab, die sich nicht mit einer Freihandelszone mit der EU vereinbaren lassen.

Tabelle 1: Ausgewählte Handelspartner der Ukraine: Export- und Importanteile in Prozent für das Jahr 2004

	<b>Anteil an den Exporten (in %)</b>	<b>Anteil an den Importen (in %)</b>
<b>EU gesamt</b>	29,9	34
<b>Deutschland</b>	5,8	9,4
<b>Polen</b>	3	3,3
<b>Italien</b>	5	2,8
<b>GUS gesamt</b>	26,2	51,3
<b>Russland</b>	18	40,7

Quelle: Bundesinstitut für Außenwirtschaft (nach Ukraine-Analysen, Nr. 6, 25.4.2006).

Natürlich stehen innere Faktoren und äußere Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Außenpolitik in einem Wechselverhältnis. Kategorien sprachlicher, historisch-kultureller und religiöser Heterogenität sind in der Ukraine besonders bedeutend: In den ethnisch russischen und überwiegend russischsprachigen Bevölkerungsteilen insbesondere im Osten und Süden des Landes fühlt man sich historisch und kulturell einem Russland nahe, zu dem man im Zentrum und Westen (Galizien) eher distanzierte bis ablehnende Verhältnisse pflegt.<sup>4</sup> Daraus resultieren auch und gerade in den politischen Eliten unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung der nationalen Interessen, die zwangsläufig auf die Außenpolitik der Ukraine durchschlagen. Die am 3. August 2006 unterzeichnete sogenannte „Universale der nationalen Einheit“, mit der Präsident Juschtschenko die Auswirkungen der scheinbar unvermeidlichen Designierung seines prorussischen Rivalen Viktor Janukowitsch zum Ministerpräsidenten „abzumildern“ versuchte, stellte den Versuch einer Integration der divergierenden Auffassungen dar,<sup>5</sup> doch begann schon

<sup>4</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Klemens Büscher in dieser Broschüre.

<sup>5</sup> Vgl. Declaration of National Unity. Text Signed at the Round Table. Online-Dokument: <<http://www2.pravda.com.ua/en/news/2006/8/1/5966.htm>> (abgerufen 14.9.2006).

bald ein Tauziehen zwischen Präsident und Premier um den Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik (siehe dazu unten).

Tabelle 2: Geopolitische Sympathien der ukrainischen Bevölkerung (in Prozent) 2000–2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>EU</b>	33	31,3	31,4	26	30,8	37
<b>Russland</b>	20,9	24,2	31,6	34,2	41,1	38,8
<b>andere GUS-Länder</b>	29,1	29,9	20,6	22,6	15,2	7,7
<b>USA</b>	4,9	3,3	4,0	2,8	2,4	1,2

Quelle: EU in the Ukrainians' geo-political preferences. In: National Security & Defence, 7/2005, S.43. Die hier wiedergegebenen Daten wurden jeweils im Februar vom soziologischen Dienst des Rasumkow-Zentrums, eines bekannten Kiewer Think-Tanks (aus dem etwa Verteidigungsminister Anatolij Hrytsenko stammt), erhoben.

Bei Analyse und Einschätzung der ukrainischen Außenpolitik ist weiters zu berücksichtigen, dass es in der Vergangenheit starke Widerstände gegen Reformen im Inneren gab. Nach 1991 wurden zwar viele für eine Demokratie und Marktwirtschaft notwendige Institutionen eingerichtet bzw. an die neuen Verhältnisse angepasst, doch ihre Tätigkeit verlief nicht immer wie vorgesehen bzw. erwünscht. Gründliche Reformen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz wurden verschleppt oder gar nicht erst eingeleitet. Präsident Leonid Kutschmas im Laufe seiner zehnjährigen Amtszeit zunehmend autoritärer Regierungsstil wirkte sich negativ auf die Beziehungen zum Westen aus. Unter Präsident Juschtschenko ist mehr Reformbereitschaft sowie Respekt für demokratische Grundrechte wie Medienfreiheit und faire Wahlen zu beobachten.

### **Normative Grundlagen der Westpolitik und Probleme ihrer Umsetzung**

Seit 1990 wurden von verschiedenen Institutionen zahlreiche Rechtsakte als formale Grundlagen der Außenpolitik erlassen. Den Beginn machte die Deklaration über die staatliche Souveränität vom 16. Juli 1990, als

die Ukraine formal noch Sowjetrepublik war. Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991 löste sie sich definitiv von der UdSSR. Am 2. Juli 1993 beschloss das Parlament, die Oberste Rada, „Hauptrichtungen der Außenpolitik der Ukraine“. Sie stellten folgende Ziele in den Mittelpunkt: Festigung und Entwicklung der Ukraine als unabhängiger demokratischer Staat, Gewährleistung eines stabilen internationalen Umfeldes, Erhaltung der territorialen Integrität und der Unantastbarkeit der Grenzen, Integration in die Weltwirtschaft mit dem Ziel der Förderung der ökonomischen Entwicklung der Ukraine und des Wohlstandes ihrer Bürger, Schutz der Rechte und Interessen ukrainischer Staatsbürger, Stärkung des Images der Ukraine in der Welt als aussichtsreicher und berechenbarer Partner. In der Souveränitätserklärung war noch die Absicht enthalten gewesen, ein neutraler Staat ohne Blockzugehörigkeit zu werden. Die „Hauptrichtungen“ enthielten dagegen Formulierungen, die diesen Status in Frage stellten; so wurde u.a. auf einen NATO-Beitritt angespielt.<sup>6</sup>

Die Öffnung nach Westen führte 1998 und 2001 zu zwei vom Präsidenten erlassenen „Programmen für Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO“. Nachdem der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine 2002 für einen Beitritt zur NATO stimmte,<sup>7</sup> wurde 2003 das Ziel des Beitrittes zur NATO und zur EU gesetzlich verankert.<sup>8</sup>

Bereits am Anfang der neunziger Jahre zeigte sich in Kiew erstes Interesse an einer Annäherung an die EU. Nachdem der 1994 zwischen der Ukraine und der EU abgeschlossene Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit am 1. März 1998 in Kraft getreten war, erließ der Präsident am 11. Juni 1998 eine „Strategie der Integration der Ukraine in die

---

<sup>6</sup> Pro Osnovni naprjamy zovnišn'oji polityky Ukrajinny. Postanova Verchovnoji Rady Ukrajinny vid 2 lypnja 1993 roku N 3360-XII. Online-Dokument: <[http://www.nbu.gov.ua/law/93\\_zpu.html](http://www.nbu.gov.ua/law/93_zpu.html)> (abgerufen 25.8.2006).

<sup>7</sup> Spivrobotnytvo Ukrajinny z NATO. Online-Dokument: <<http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/publication/print/1719.htm>> (abgerufen 15.8.2006).

<sup>8</sup> Zakon Ukrajinny pro osnovi nacional'noji bezbiky Ukrajinny, Artikel 8. Online-Dokument: <[http://www.dcaf.ch/\\_docs/Ukraine\\_EuroAtlantic/U2\\_14.pdf](http://www.dcaf.ch/_docs/Ukraine_EuroAtlantic/U2_14.pdf)> (abgerufen 29.11.2006).

Europäische Union“.<sup>9</sup> Vom 13. Dezember 2003 stammt der Präsidentenerlass „Über Staatsprogramme in Fragen der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine für die Jahre 2004 bis 2007“.

Seit 1991 wurden somit von den für die Außenpolitik der Ukraine verantwortlichen Akteuren nicht nur zahlreiche Willensbekundungen abgegeben und Arbeitsprogramme für die Beziehungen zu NATO und EU beschlossen, sondern auch konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung unternommen. Es gab allerdings auch verschiedene Hindernisse. Die Heterogenität der Tendenzen in der ukrainischen politischen Klasse und Gesellschaft fanden im Verhalten von Parlamentariern und Beamtenschaft Ausdruck. Die Umsetzung von Beschlüssen wurde häufig durch die schlechte Koordination betroffener Institutionen behindert. Insbesondere vor der Orangen Revolution verlief die Abstimmung der Positionen von Präsident, Außenministerium und Parlament mangelhaft. Ein weiteres Problem war bis zuletzt der Mangel an ukrainischen Spezialisten für Fragen der Integration mit europäischen und euro-atlantischen Institutionen in Diplomatie und Beamtenschaft.<sup>10</sup>

Die Gewichte, welche die Ukraine bei Verhandlungen auf die Waagschale legen konnte, fielen unterschiedlich aus. Nach der Unabhängigkeit war die Kontrolle über die ehemals sowjetischen Atomwaffen für einige Zeit Ursache und Hebel für Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung durch den Westen, aber auch von Drohungen für den Fall, dass Kiew sein Arsenal nicht schnell abrüstet. An den Maßnahmen zur Kontrolle der für ganz Europa gefährlichen Ruine des Kernkraftwerks Tschernobyl beteiligen sich westliche Institutionen mit beträchtlichen Mitteln. Kiew bringt bei Verhandlungen immer wieder das Argument der geographischen Lage der Ukraine und ihrer Bedeutung für die Stabilität in der Region sowie in ganz Europa ins Spiel. Dies wird anerkannt, doch reichte es bisher nicht aus, um die EU im erhofften Maß zur Unterstützung zu bewegen. In den Beziehungen zur NATO wirkt sich das

---

<sup>9</sup> Ukaz Prezydenta Ukrainy – Pro zatverdžennja Strategiji intehraciji Ukrainy do Jevropejsk’oho Sojuzu. Online-Dokument: <<http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/publication/content/2990.htm>> (abgerufen 18.8.2006).

<sup>10</sup> Vgl. Implementation of the EU-Ukraine Action Plan: Problems and Prospects. In: National Security & Defence, 7/2005, S.5-23.

geostrategische Argument für die Ukraine günstiger aus. Zudem war und ist das Land an der Beteiligung an Peacekeeping-Einsätzen sehr interessiert. Das Verhandlungsgewicht der Ukraine gegenüber dem Westen wird weiters von ihrer Funktion als Transitland für Energieträger aus Russland und von ihrer Bedeutung beim Umgang mit Schmuggel, illegaler Migration und Menschenhandel bestimmt. Als Handelspartner hat die Ukraine für die EU noch nicht jene Bedeutung, die man aufgrund der Größe und geografischen Nähe des Landes vermuten könnte (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Ausgewählte Handelspartner der EU und ihre Bedeutung (2005)

<b>Land</b>	<b>Wert von Importen und Exporten in Mio. Euro</b>	<b>Anteil an Importen und Exporten in Prozent</b>	<b>Rang</b>
<b>Ukraine</b>	20.681	0,9	28
<b>Türkei</b>	75.209	3,4	7
<b>Russland</b>	162.954	7,3	3
<b>Schweiz</b>	147.806	6,6	4
<b>USA</b>	412.674	18,5	1

Quelle: The Major EU Trader Partners. Online-Dokument: <[http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc\\_122529.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_122529.pdf)> (abgerufen 29.11.2006).

In Polen ist die Ansicht verbreitet, dass Russland noch immer eine potenzielle Gefahr für die eigene Sicherheit darstellt. Unter anderem deswegen gilt eine unabhängige Ukraine als dringend benötigter „Puffer“. Entscheidend für den Erfolg der ukrainischen Integrationsbemühungen gegenüber EU, NATO und Welthandelsorganisation (WTO) sind aber klare innenpolitische Entscheidungen und funktionierende Mechanismen zur Umsetzung von Reformzielen. Daran hat es in der Vergangenheit immer wieder gemangelt.

### **Die Westpolitik von der Unabhängigkeit bis zur Orangen Revolution**

Mit dem Referendum am 1. Dezember 1991, bei dem über 90% für die Unabhängigkeit der Ukraine stimmten, war das Ende der UdSSR unabwendbar geworden. Am gleichen Tag wurde Leonid Krawtschuk zum ersten Präsidenten gewählt. Er war zwar aus der sowjetischen Nomenklatura hervorgegangen, machte sich aber um 1990 zunehmend die Positionen der ukrainischen Nationaldemokraten zu eigen und hob die Eigenheiten seines Landes hervor, um es von Russland abzugrenzen.<sup>11</sup> Er und seine Berater gingen von der Annahme aus, dass Russland die Unabhängigkeit der Ukraine bedroht. Ihre natürlichen Verbündeten seien nicht Westeuropa oder die USA, sondern die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten in Ostmitteleuropa. Deshalb sollte die auf den polnischen Staatsmann Józef Piłsudski (1867-1935) zurückgehende Idee einer Staatenallianz zwischen Ostsee und Schwarzem Meer samt der Türkei und eventuell Deutschland umgesetzt werden. Vorteile suchte die ukrainische Diplomatie weiters durch die Anbahnung spezieller Beziehungen zu den Schwerpunktstaaten der ukrainischen Diaspora, was hinsichtlich der USA und Kanadas<sup>12</sup> tatsächlich erreicht wurde.

Sofort nach der Unabhängigkeit bemühte sich Kiew um Kontakte und vertragliche Beziehungen zu NATO und EU. Der NATO und ihrer Führungsmacht USA ging es im Verhältnis zur Ukraine zunächst um die Übergabe der von der Sowjetunion „geerbten“ Atomwaffen an Russland. Nach dem Verzicht der Ukraine auf diese nahmen die Beziehungen des Landes zu den beiden zentralen westlichen Organisationen konkrete Formen an. Seit 1994 nimmt die Ukraine am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (Pfp) teil. Es folgten eine gemeinsame Erklärung über erweiterte und vertiefte Beziehungen zwischen den beiden Seiten (14. März 1995) und eine „Charta über eine ausgeprägte Partner-

---

<sup>11</sup> Ernst Piehl: Die Ukraine. In: Ernst Piehl/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005, S.383.

<sup>12</sup> Kanada fördert(e) die Anbahnung und Durchführung der Kooperation zwischen der Ukraine und der NATO und trug wesentlich zum Beschluss der G-7-Staaten über die finanzielle Unterstützung für die Ukraine bei der Demontage der ehemals sowjetischen Atomwaffen und der Bewältigung der Nachwirkungen der Reaktorkatastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl bei. Vgl. T. Stepankova/P. Dutkiewicz/M. Gosh (Ed.): Ukraine in Transition. Politics, Economy, Culture. Kyjiv 1997, S.164f.

schaft zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Ukraine“ (9. Juli 1997), in der u.a. auf den bereits früher gefallenen Beschluss hingewiesen wird, dass die USA, Großbritannien, Frankreich und Russland die Sicherheit der Ukraine garantieren; die Ukraine und die NATO würden in verschiedenen Bereichen kooperieren.<sup>13</sup> Durch die in der Ukraine sehr verbreitete Ablehnung des NATO-Einsatzes gegen Serbien 1999, die offensivere russische Außenpolitik nach dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin (1999/2000) und die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine<sup>14</sup> verloren die Beziehungen zwischen der NATO und Kiew an Elan.

Die Kontakte der Ukraine mit EU und NATO sowie westeuropäischen Staaten, v.a. aber mit den USA lösten in Moskau die Befürchtung aus, im Nachbarland an Einfluss zu verlieren. Vor diesem Hintergrund unterzeichneten am 31. Mai 1997 die beiden Präsidenten Leonid Kutschma und Boris Jelzin den ukrainisch-russischen Grundsatzvertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft. Er enthält u.a. eine (insbesondere für die Ukraine) wichtige gegenseitige Anerkennung der Grenzen und territorialen Integrität. Dazu kamen Dokumente über den Status der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim.

Weniger bedeutend als die NATO war für die ukrainische Führung in den neunziger Jahren die EU, obwohl Kiew Interesse an einer Mitgliedschaft auch dort anmeldete. Kurze Zeit nach dem Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens bekundete die ukrainische Delegation beim ersten Treffen des EU-Ukraine-Kooperationsrates am

---

<sup>13</sup> Bereiche der Zusammenarbeit und Konsultationen sind u.a.: Operationen zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Friedensunterstützung, Konfliktbeilegung und humanitäre Operationen; Kontrolle der Nichtverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen; Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen; Technologietransfer im Waffenbereich; Reform der Streitkräfte der Ukraine; Verteidigungsplanung; Rüstungskonversion; Fragen der Umweltsicherheit; Forschung und Entwicklung in der Luft- und Raumfahrt. Vgl. die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Ukraine. Online-Dokument: <<http://www.nato.int/docu/basicxt/ukr-de.htm>> (abgerufen 14.7.2006).

<sup>14</sup> Dazu zählen v.a. das Erstarken des Autoritarismus Kutschmas und seine vielfach behauptete Verwicklung in die Entführung und Ermordung des oppositionellen Journalisten Heorhij Honhadze im Jahr 2000.

9. und 10. Juni 1998 in Luxemburg Interesse an einem Assoziationsvertrag mit Brüssel als Zwischenstufe zu einem späteren Vollbeitritt. Von einem offiziellen Beitrittsantrag konnte keine Rede sein, doch wurde wenig später Kutschmas Erlass „Die Strategie der Integration der Ukraine in die Europäische Union“ veröffentlicht.<sup>15</sup> Den Hintergrund dieser Initiative bildete die Entscheidung des Europäischen Rates von Dezember 1997 in Luxemburg, mit elf (meist ostmitteleuropäischen) Ländern Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Sie nährte bei den Verantwortlichen in Kiew die Befürchtung, dass die Ukraine von der europäischen Integration abgeschnitten würde, durch die veränderten Verhältnisse in den wirtschaftlichen Beziehungen zu den zukünftigen EU-Mitgliedern Schaden erleiden und in eine Grauzone zwischen der EU und Russland geraten könnte. Die darauf folgende Bitte um eine politische Aussage, die langfristige Befähigung der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft anzuerkennen und zu unterstützen, beantwortete die britische Präsidentschaft im März 1998 abschlägig.

Die „Gemeinsame Strategie des Europäischen Rates für die Ukraine“, verabschiedet vom Europäischen Rat in Helsinki am 10. Dezember 1999, war ein Versuch, Kiew gegenüber zumindest eine positive Geste zu setzen. Sie enthält ein Bekenntnis zu Freiheit, Unabhängigkeit und Stabilität der Ukraine, begrüßt ihre „Entscheidung für Europa“ und bekräftigt das Interesse der EU an Reformen in der Ukraine sowie an der Zusammenarbeit mit ihr. – Diese Deklarationen begründeten allerdings unmittelbar kein verstärktes Engagement der EU und wiesen die Hauptverantwortung für die zukünftigen Beziehungen der Ukraine selbst zu. Kiew zeigte sich auch enttäuscht, im Rahmen der 2004 vorgestellten Europäischen Nachbarschaftspolitik in eine Reihe mit Staaten Afrikas und des Nahen Ostens gestellt zu werden und wieder keine klare Beitrittsperspektive erhalten zu haben. Die Erfolge der ukrainischen Westpolitik blieben somit punktuell. Nützlich waren natürlich Kooperationen

---

<sup>15</sup> Dieses Dokument enthält nur Absichtserklärungen und keine konkreten Angaben dazu, wie die im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen genannten Ziele der Reform in der Ukraine und der Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Wirtschaft, Umweltschutz, Wohlfahrt und Kultur erreicht werden sollen. Die erste Fassung des Erlasses stammt vom 11.6.1998, Änderungen wurden 12.4.2000 und am 11.1.2001 vorgenommen.

in den Bereichen Umweltschutz, Kernenergienutzung, Wissenschaft und Landwirtschaft, und die EU gewährte Handelserleichterungen und finanzielle Unterstützung für verschiedene Bereiche wie Strahlenschutz und Energieversorgung. Zwischen 1991 und 2004 erhielt die Ukraine von der EU über das TACIS-Programm sowie makroökonomische und humanitäre Hilfe im Wert von mehr als 1 Mrd. Euro.<sup>16</sup>

Gegen Ende der zweiten Amtszeit Kutschmas sank das Potenzial für die Vertiefung der Westpolitik der Ukraine spürbar. Die Gründe dafür lagen sowohl in Kiew wie in den Zentralen von EU und NATO in Brüssel sowie den westeuropäischen und nordamerikanischen Staatskanzleien. Die Ernsthaftigkeit der ukrainischen Integrationsabsichten wurde teilweise durch Widersprüche zwischen Worten und Taten in Frage gestellt. Deshalb blieben die Anerkennung als Marktwirtschaft durch EU und USA sowie die Mitgliedschaft in der WTO zunächst aus. Dazu kamen große Defizite in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. Andererseits schwankte das Verhalten der europäischen und amerikanischen Partner zeitweise zwischen Inkonsequenz und Unernsthaftigkeit. So billigte der seinerzeitige Kommissionspräsident Romano Prodi der Ukraine die gleichen EU-Beitrittchancen zu wie Neuseeland.

Probleme gab es weiters mit der Ölpipeline zwischen den ukrainischen Städten Odessa und Brody. Sie sollte ursprünglich dank einer erst zu bauenden Verlängerung ins polnische Gdańsk den Transport von per Tanker nach Odessa geliefertem Öl aus der Kaspischen Region die Abhängigkeit der EU von russischen Energielieferungen reduzieren. Das scheiterte aber an russischem Widerstand. Im September 2004 trat ein vom damaligen Premier Janukowitsch unterzeichneter Vertrag in Kraft, demzufolge die Pipeline in umgekehrter Richtung genutzt wurde, um russisches Öl an die Schwarzmeerküste zu transportieren.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Vidnosyny Ukraïna – JeS. Online-Dokument: <<http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/847.htm>> (abgerufen 22.8.2006).

<sup>17</sup> Mitte November 2006 gaben die Ministerpräsidenten der Ukraine und Polens, Janukowitsch und Jaroslaw Kaczynski, bekannt, dass sie den Bau eines Anschluss-Stückes von Brody zur tschechischen Raffinerie Kralupy unterstützen, um Odessa – Brody doch noch in der ursprünglich intendierten Richtung zu nutzen.

In den Monaten vor der Präsidentschaftswahl 2004 hatten für Kutschma, der wesentlich die Außenpolitik bestimmte, die Beziehungen zu Russland Vorrang. Zwar wurde mit Brüssel der im Rahmen der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik vorgesehene Aktionsplan vorbereitet, doch richtete sich die Aufmerksamkeit Kiews v.a. auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraumes.<sup>18</sup> Kutschma rückte vom Ziel der Mitgliedschaft in EU und NATO ab – offenkundig, weil er (nicht zu Unrecht) der Meinung war, dass eine derartige „Hinwendung zu Russland“ bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl seinem Kandidaten Janukowitsch nützen würde: Dieser könnte in den östlichen und südlichen Landesteilen (noch) mehr Unterstützung gewinnen und außerdem auf Moskau zählen.

### **Die westliche Richtung der Außenpolitik seit der Orangen Revolution**

Die Massendemonstrationen gegen die Wahlfälschungsversuche und für den oppositionellen Kandidaten Juschtschenko im Herbst 2004 wurden in der EU und in Nordamerika mit großer Sympathie aufgenommen. Wirtschaftsfachmann Juschtschenko, Galionsfigur des Parteienbündnisses „Unsere Ukraine“ (NU), das bei den Parlamentswahlen 2002 mit 23,6% die meisten Stimmen erhalten hatte, genoss im Westen als ehemaliger Chef der Zentralbank (1993-99) und Ministerpräsident (1999-2001) einen guten Ruf. Als Oppositionsfraktion trat NU für enge Beziehungen zur EU, für die Teilnahme an den transatlantischen Sicherheitsstrukturen und den Beitritt zur WTO ein. Kutschma warf sie mangelnde Kohärenz in der Europapolitik vor.

Nach dem Wahlsieg Juschtschenkos rückte die Integration in EU und NATO wieder in den Mittelpunkt der ukrainischen Außenpolitik.<sup>19</sup> Die

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch die Beiträge von Malek/Pavlenko und Pavlenko in dieser Broschüre.

<sup>19</sup> Präsident Juschtschenko meinte bei einem Treffen mit den Vertretern des diplomatischen Korps in Kiew am 18. Februar 2005: „Unter den neuen Prioritäten ist die Integration in Europa eine der wichtigsten. Wir sehen die Ukraine im vereinten Europa und wir sind bereit, konsequent und unentwegt diesen Weg zu gehen. Wir werden alles tun,

Idee eines Antrags auf EU-Mitgliedschaft trat aber bald zu Gunsten realistischer Ziele in den Hintergrund. Zusätzlich zu dem grundsätzlich bereits mit der Kutschma-Führung im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik vereinbarten EU-Ukraine-Aktionsplan, dessen Ziel die Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und die Schaffung von Grundlagen für eine weitergehende Kooperation und Integration ist,<sup>20</sup> wurde von Brüssel ein „Zehn-Punkte-Plan“<sup>21</sup> erstellt, der inhaltlich wenig Neuheiten brachte, aber immerhin die ambitionierten Bestrebungen Kiews würdigte. Es wurde klar, dass die Ukraine den Aktionsplan erfüllen und die WTO-Mitgliedschaft erreichen muss, wenn sie ein Freihandelsabkommen mit der EU möchte.

Die nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Juschtschenko vorhandene Begeisterung und der Glaube an rasche Fortschritte bei der EU-Annäherung wichen bald Skepsis und Ernüchterung. Die Umsetzung des Aktionsplans und der WTO-Beitritt erwiesen sich schwieriger als erwartet. Zu den inneren Gründen zählte der fehlende Konsens in der Bevöl-

---

damit die Zeit des Beitritts zur EU kommt und wir klopfen nicht an die Tür der EU, sondern wir führen europäische Standards in der Ukraine ein. ... Unser Weg ins vereinte Europa führt über die Integration in das Weltwirtschaftssystem und dabei geht es v.a. um den Beitritt zur WTO sowie um die Schaffung einer Freihandelszone mit der EU“ (Viktor Juščenko: 100 dniv prezidentstva: prjama mova. Charkiv 2005, S.138).

<sup>20</sup> Zentrale Ziele des Plans sind: Durchsetzung der demokratischen Prinzipien insbesondere bezüglich Wahlen und Medien; Stärkung des Rechtsstaates; Verbesserung der Kooperation bei Krisen-Management und Abrüstung sowie bei Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region (betrifft besonders Transnistrien [PMR], den separatistische Landesteil Moldawiens); Beitritt zur WTO; Abbau von Handelsbeschränkungen; Verbesserung des Investitionsklimas; Steuerreform; Dialog über Erleichterungen bei den Bestimmungen zur Einreise in die EU; Annäherung der ukrainischen Gesetzgebung, Normen und Standards an die der EU; Verbesserung der Arbeit von Verwaltung und Justiz; Dialog zu Fragen der Beschäftigung; Implementierung der Vereinbarungen über die Schließung des Atomkraftwerks Tschernobyl und die Inbetriebnahme von Atomreaktoren vom Typ K2R4 in den Atomkraftwerken Chmelnyzky und Rovno.

<sup>21</sup> Hervorgehoben wurden darin u.a. Förderungen durch die Europäische Investitionsbank, Verhandlungen über Visae erleichterungen, verstärkte Kooperation in Schlüssel-sektoren wie Energie, Umwelt und Transport sowie Verhandlungen über ein „verstärktes Abkommen“ für die Zeit nach dem Auslaufen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens im Jahr 2008.

kerung und in den staatlichen Zentralstellen. Wirtschaftliche Akteure, die die Einführung klarer Spielregeln als Bedrohung empfanden, machten ihren Einfluss auf das Parlament geltend. Weitere Hindernisse ergaben sich aus dem „russischen Faktor“. Immerhin haben die EU und die USA die Ukraine Ende 2005 bzw. Anfang 2006 als Marktwirtschaft anerkannt, was für den WTO-Beitritt wichtig ist. Unter anderem wegen der Ablehnung mehrerer einschlägig bedeutender Gesetzesvorlagen durch die Oberste Rada ist mit einem WTO-Beitritt der Ukraine vor Anfang 2007 kaum mehr zu rechnen.

Substantielle und von der EU anerkannte Fortschritte sind in folgenden Bereichen zu verzeichnen: Demokratie und Medienfreiheit, Korruptionsbekämpfung, politischer Dialog und Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen,<sup>22</sup> Zusammenarbeit bei Konfliktprävention und Krisenmanagement,<sup>23</sup> Anti-Dumping-Maßnahmen, Reformen bei Rechtsetzung und -durchsetzung, Adaptierung der WTO-Richtlinien sowie Kooperation in den Bereichen Justiz und Inneres.<sup>24</sup> Beim EU-Ukraine Gipfeltreffen in Helsinki am 27. Oktober 2006 paraphierten der ukrainische Außenminister Borys Tarasjuk und die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, Verträge über die Rückübernahme von aus der Ukraine illegal in die EU eingereisten Personen und über Erleichterungen bei der Ausstellung von EU-Visa für ukrainische Bürger. EU-Vertreter würdigten die Reformen

---

<sup>22</sup> Die ukrainische Regierung schloss sich z.B. der Erklärung Brüssels zur Präsidentschaftswahl in Belarus vom 19. März 2006 an, die offenbar zugunsten von Amtsinhaber Alexander Lukaschenko manipuliert worden war.

<sup>23</sup> Die ukrainischen Behörden kooperieren bei den Zollkontrollen entlang des von den Dnjestr-Separatisten (PMR) kontrollierten Grenzabschnitts Moldawiens zur Ukraine mit der EU-„Border Assistance Mission“ und mit den Behörden Moldawiens. Die PMR wird von der EU als Sicherheitsrisiko eingestuft, weil sie militärische Spannungen verursacht und die Entstehung von Schmuggel, Betrug und grenzüberschreitender Kriminalität fördert.

<sup>24</sup> Vgl. dazu das Kiewer Positionspapier zu Implementierung des EU-Ukraine-Aktionsplanes durch die Ukraine. Pozycyjnyj dokument ščodo implementaciji Ukrajin's'koju Storonoju Planu dij Ukrajiny – JeS. Online-Dokument: <[http://www.kmu.gov.ua/kmu/control/uk/publish/article?showHidden=1&art\\_id=41025748&cat\\_id=17976903&ctime=1152113113668](http://www.kmu.gov.ua/kmu/control/uk/publish/article?showHidden=1&art_id=41025748&cat_id=17976903&ctime=1152113113668)> (abgerufen 10.8.2006).

in der Ukraine<sup>25</sup> und wiesen im Hinblick auf das Ziel des WTO-Beitritts auf die Notwendigkeit ihrer Fortsetzung hin. Als nächstes großes Ziel zeichnet sich ein neuer Rahmenvertrag nach Auslaufen des derzeit gültigen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (Ende 2007) ab. Brüssel und Kiew stimmten Verhandlungen ab 2007 zu, bei denen es auch um eine „vertiefte“ Freihandelszone gehen soll.

Auch die Beziehungen zur NATO verloren in den letzten Monaten der Amtszeit Kutschmas erheblich an Dynamik. Nach der Orangen Revolution bestätigte Juschtschenko das Interesse der Ukraine an einer engen Zusammenarbeit mit der Allianz mit der Perspektive eines Beitritts. In der Folge wurde der Rahmen der Zusammenarbeit ausgeweitet. Kiew erhielt eine Einladung zum „intensivierten Dialog in Fragen der Erlangung der Mitgliedschaft“.<sup>26</sup> Ukrainische Einheiten beteiligen sich an verschiedenen NATO-Aktionen. Reformen in der ukrainischen Armee, die eine Annäherung an NATO-Standards bringen sollen, dauern an. Nicht zu ignorieren ist allerdings die niedrige Popularität des Nordatlantikpakts in der Bevölkerung und dem maßgeblich von Janukowitsch repräsentierten Teil der politischen Elite. Alle Meinungsumfragen zeigen große Mehrheiten gegen einen NATO-Beitritt. So lehnen einer Untersuchung des (der Allianz gegenüber durchaus positiv eingestellten) Kiewer Rasumkow-Zentrums zufolge 60,9% die NATO ab; nur 18,2% plädieren für eine ukrainische Mitgliedschaft.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Konsolidierung der Demokratie, Fortschritte bei Implementierung des EU-Ukraine-Aktionsplanes, Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik, Fortschritte bei der Implementierung des Memorandums über die Kooperation in Energiefragen, Kooperation bei der Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung für die Ukraine und die EU, Ausarbeitung eines Luftverkehrsabkommens u.a. EU-Ukraine Summit, Helsinki, 27. Oktober 2006, Joint Press Statement. Online-Dokument: <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/06/297&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>> (abgerufen 28.11.2006).

<sup>26</sup> So die Bezeichnung einer Darstellung des Außenministeriums der Ukraine: Intensyfikovanyj dialoh s NATO z pytan' nabuttja členstva. Online-Dokument: <<http://www.mfa.gov.ua/mfa/ua/publication/print/1723.htm>> (abgerufen 13.8.2006).

<sup>27</sup> Umfrage: Mehrheit der Ukrainer gegen Nato-Beitritt, 5.10.2006. Online-Dokument: <<http://de.rian.ru/postsowjetischen/20061005/54550712.html>> (abgerufen 21.11.2006).

## **Die Bedeutung Polens für die Entwicklung und die Ergebnisse der ukrainischen Westpolitik**

Zu Polen unterhält die Ukraine seit 1991 besondere Beziehungen,<sup>28</sup> die auch für die Zusammenarbeit Kiews mit EU und NATO bedeutend sind. Das polnische Interesse hat verschiedene Gründe. Dazu zählen sicherheitspolitische Überlegungen<sup>29</sup>, die Befürchtung der Entstehung krasser wirtschaftlicher Unterschiede zwischen der EU und dem postsowjetischen Raum und nicht zuletzt die gemeinsame Geschichte.<sup>30</sup> Der ukrainischen Staatsführung und Diplomatie war nach 1991 – wenngleich mit schwankender Intensität – daran gelegen, durch gute Beziehungen zu den westlichen Nachbarstaaten ein Gegengewicht gegen einen zu großen Einfluss Russlands zu bilden. Im „Staatsvertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit“ vom 18. Mai 1992 anerkannten Polen und die Ukraine die bestehenden Grenzen. Mehrere bilaterale Verträge regeln verschiedene Bereiche (Wirtschaft,

---

<sup>28</sup> Polen war der erste Staat, der die Ukraine 1991 als souveränes Völkerrechtssubjekt anerkannte.

<sup>29</sup> In Polen gibt es weitgehenden Konsens darüber, dass die Existenz einer souveränen, den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft verpflichteten sowie mit westlichen Institutionen verbundene Ukraine eine wichtige Voraussetzung der eigenen Sicherheit darstellt.

<sup>30</sup> Ein erheblicher Teil des heutigen ukrainischen Staatsgebietes gehörte in der Vergangenheit zu Polen. Besonders in der Westukraine ist der polnische Einfluss durch eine ethnische Minderheit, die katholische Kirche und die Architektur bis heute sichtbar. Obwohl es zwischen den beiden Völkern auch heftige Konflikte gab (so bekämpften sich die ukrainische Ukrainische Aufständischenarmee (UPA) und die polnische Armia Krajowa während des Zweiten Weltkrieges erbittert), hegen viele Polen Sympathie für das Nachbarland. Das seit dem 19. Jahrhundert unter Polen vorhandene Bewusstsein eines unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Polen und Ukraine ging nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Einfluss einiger Intellektueller aus dem Umkreis der in Paris erscheinenden polnischsprachigen Zeitschrift „Kultura“ zurück. Zumindest unter der polnischen Elite setzte sich eine positive Einstellung gegenüber den nationalen und kulturellen Ambitionen der Ukrainer durch. Das förderte das Bewusstsein von der Unantastbarkeit der bestehenden staatlichen Grenzen. In der gemeinsamen „Erklärung über Verständigung und Versöhnung“ vom Mai 1997 wurde der Wille beider Seiten unterstrichen, die aus der Vergangenheit stammenden Belastungen des Verhältnisses auszuräumen (vgl. Günther Guggenberger: Polen und die Ukraine: Ungleiche Nachbarschaft. In: Europäische Rundschau, 2/2005, S.119-131).

Streitkräfte, innere Sicherheit, Wissenschaft, Technik) der Kooperation. Treffen offizieller Repräsentanten finden regelmäßig statt.

Die guten Beziehungen zum Nachbarland sind für die Ukraine bei der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und der Teilnahme an deren Aktivitäten wertvoll. Dank der polnischen Unterstützung konnte sich die Ukraine 1996 der Central European Initiative (CEI) anschließen. Auch die 1995 erreichte Mitgliedschaft der Ukraine im Europarat hatte Polen unterstützt. Die seit 1997 bestehende und bei NATO-Peacekeeping-Operationen eingesetzte polnisch-ukrainische Militäreinheit PolUkrBat entstand vor dem Hintergrund der Bemühungen Polens um Mitgliedschaft in der NATO. Damit signalisierte Warschau den zukünftigen NATO-Partnern gute eigene Beziehungen zur Ukraine. Das half auch bei der Ausräumung der in der Ukraine bestehenden Bedenken gegen die Erweiterung des Bündnisses bis an ihre Grenzen.

Ähnlich wie im Rahmen der NATO und gegenüber den USA ist Polen in der EU ein wichtiger Vermittler für die Ukraine. Bereits Jahre vor dem eigenen Beitritt bemühte sich Polen um die Mitgestaltung der zukünftigen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU. Die Diplomaten und die meisten politischen Vertreter Polens in Brüssel unterstützen den Wunsch der Ukraine nach Erlangung einer Perspektive für eine EU-Mitgliedschaft. Mit Polen und den baltischen Staaten unterzeichnete Kiew Memoranda über Partnerschaft und Zusammenarbeit im Bereich der EU-Integration. Wirtschafts- und Rechtsexperten aus Polen und Deutschland führen schon seit geraumer Zeit Beratungstätigkeiten für ukrainische Behörden durch. Weiters kommt Warschau der Ukraine bei der Vergabe von Einreisevisa so weit wie möglich entgegen.<sup>31</sup>

Die allgemeine Verbesserung des Images der Ukraine durch die Orange Revolution führte dazu, dass ukrainische Firmen heute leichter in Polen

---

<sup>31</sup> Obwohl Polen im Dezember 1997 auf Anweisung der EU von seiner Politik der „offenen Grenzen“ gegen Osten Abstand genommen hatte, blieben die ukrainischen Reisenden aufgrund eines Spezialabkommens bis 1. Oktober 2003 von der Visumpflicht befreit. Seither werden Touristenvisa kostenlos ausgestellt. Es steht noch nicht fest, wann Polen das Schengen-Abkommen vollständig umsetzen wird.

investieren können.<sup>32</sup> Polen hat weiters seinen Arbeitsmarkt teilweise für ukrainische Gastarbeiter geöffnet. In der für die Ukraine sehr wichtigen Frage der Energieversorgung war die polnische Regierung bestrebt, das in den vergangenen Jahren stagnierende erwähnte Projekt der Ölpipeline Odessa – Brody – Gdańsk in Gang zu bringen. Polen ist daran interessiert,<sup>33</sup> doch lautet die entscheidende Frage, ob überhaupt Öl aus der Kaspischen Region (Kasachstan und Aserbaidschan) nach Odessa geliefert werden kann: Russland trachtet das natürlich zu verhindern.

## **Bilanz, jüngste Entwicklungen und Perspektiven**

Die Beziehungen zu den Staaten Europas und Nordamerikas sowie zu EU und NATO waren in den ersten Jahren nach der Erlangung der Unabhängigkeit für die Erhaltung der Souveränität der Ukraine sehr wichtig. Kiew konnte trotz relativ geringer Ressourcen und innerer Widersprüche einige Erfolge in seiner Westpolitik erzielen. Gemessen an den schon sehr früh hochgesteckten Zielen gegenüber der EU blieben die Ergebnisse bis zur Wende von 2004 aber bescheiden, und es stellt sich die Frage, ob die Parole von der „europäischen Wahl“ nicht v.a. eine Taktik der Kutschma-Führung war, um sich bei Bedarf innenpolitisch zu legitimieren und von Russland abzugrenzen.<sup>34</sup>

Seit der Orangen Revolution werden teilweise mit Erfolg Anstrengungen zur Einführung westlicher Standards und sich vertiefender Kooperation unternommen. Die Reform der ukrainischen Streitkräfte schreitet voran, und die Zusammenarbeit mit der NATO ist vielfältig. Kiew setzt sich zur Unterstreichung seiner Integrationsbemühungen aus wirtschaftlichen

---

<sup>32</sup> Der Kauf des Stahlwerks Huta Częstochowa durch die Donbas Industrial Group wäre nach Einschätzung von Beobachtern früher nicht möglich gewesen (vgl. Grzegorz Gromadzki/Oleksandr Sushko: Between contentment and disillusionment. EU-Ukraine relations a year after the Orange Revolution. Stefan Batory Foundation, Warsaw, December 2005, S.11).

<sup>33</sup> Gazeta Wyborcza, 1.3.2006.

<sup>34</sup> Vgl. Katarzyna Wolczuk: Ukraine's Policy towards the European Union: A Case of 'Declarative Europeanization'. Online-Dokument: <[http://eurojournal.org/files/ukraine\\_eu\\_policy.pdf](http://eurojournal.org/files/ukraine_eu_policy.pdf)>, S.12 (abgerufen 12.8.2006).

Gründen und zur Profilierung als regionale Führungsmacht der GUAM und der „Democratic Choice Community“ für „westliche Ziele“ wie Verbreitung von Demokratie und Diversifizierung von Energielieferungen ein.<sup>35</sup> Die Westpolitik ist somit nicht mehr v.a. ein Mittel zur Unterstreichung und Absicherung der Souveränität gegenüber Hegemoniebestrebungen Russlands, sondern ein Ausdruck von Modernisierungsbestrebungen zumindest in den Eliten. Darin liegt ein neuer Stellenwert der ukrainischen Westpolitik.

Meinungsumfragen zufolge ist die EU in der Ukraine durchaus populär, und die Aussicht auf Mitgliedschaft könnte einen wichtigen Beitrag zur Integration der östlichen und westlichen Landesteile leisten.<sup>36</sup> Demgegenüber ist eine NATO-Mitgliedschaft auch nach der Orangen Revolution weit von einer Mehrheitsfähigkeit in der Gesellschaft entfernt. Allerdings ist der Grad der Informiertheit des ukrainischen Durchschnittsbürgers zu beiden Organisationen insgesamt niedrig. Auch deswegen fällt es bestimmten ukrainischen (und russischen) Politikern nicht schwer, aus in der Gesellschaft vorhandenen und teils aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Einstellungen Kapital zu schlagen.<sup>37</sup>

Dies, aber auch mangelnde Einigkeit und Fehler der nach der Orangen Revolution das Land führenden Persönlichkeiten behinderten die Entstehung eines breiten Konsenses über grundsätzliche Fragen der Entwicklung der Ukraine. Zwar hatten die ursprünglich dem Orangen Lager zugerechneten politischen Kräfte – NU, der Block Julia Timoschenkos (BJuT) und die Sozialistische Partei (SPU) – bei den Parlamentswahlen am 26. März 2006 eine Mehrheit erreicht, doch schwenkte die SPU letztlich völlig überraschend zu Janukowitsch und den Kommunisten (KPU) um. Obwohl die Partei der Regionen, NU und BJuT in programmi-

---

<sup>35</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Iryna Pavlenko in der vorliegenden Broschüre.

<sup>36</sup> In einem bestimmten Teil des politischen Spektrums der Ukraine ist allerdings die Meinung populär, dass „in Europa doch niemand auf uns wartet“, worauf dann meist der Schluss gezogen wird, dass nur eine Annäherung an Russland praktikabel sei.

<sup>37</sup> Dies zeigten im Frühsommer 2006 die Proteste gegen die Anwesenheit von amerikanischen Soldaten in der Stadt Feodosija (Krim), die Vorbereitungen für ein gemeinsames Manöver mit Militärs aus der Ukraine und anderen Ländern treffen wollten und wieder abziehen mussten.

schen Dokumenten hinsichtlich der Außenpolitik keine unüberbrückbaren Unterschiede aufzuweisen scheinen<sup>38</sup> und auf Drängen Juschtschenkos die erwähnte „Universale der nationalen Einheit“<sup>39</sup> unterzeichnet wurde, ist heute die Außenpolitik umstrittener als unmittelbar nach der Orangen Revolution. Klare Gründe dafür sind erstens die Regierungsbeileiligung von SPU und KPU<sup>40</sup> und zweitens der gesunkene innenpolitische Einfluss Juschtschenkos im Zusammenhang mit einer Anfang 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderung<sup>41</sup>, wobei die neuen interinstitutionellen Beziehungen für zusätzlichen Konfliktstoff sorgen. So werden die Minister für Äußeres und Verteidigung von dem – die Außenpolitik nach wie vor leitenden – Präsidenten bestimmt, und sie befinden sich gegenüber Regierungschef und Parlament in einer unklaren Beziehung.

Ministerpräsident Janukowitsch zeigt sich hinsichtlich einer Integration der Ukraine in EU und NATO deutlich zurückhaltender als Präsident Juschtschenko. Eine kürzlich von manchen Beobachtern noch für bald erreichbar gehaltene Entscheidung über einen Membership Action Plan

---

<sup>38</sup> Die NATO wird im Programm der Partei der Regionen ein einziges Mal erwähnt (vgl. Programma Partii. Online-Dokument: <<http://www.partyofregions.org.ua/meet/program/>> [abgerufen 21.6.2006]). Im Parteiprogramm von NU vom 5.3.2005 werden weder NATO noch EU beim Namen genannt; es ist nur von einer „allmählichen Integration (der Ukraine) in europäische Strukturen kollektiver Sicherheit“ die Rede (Programma polityčnoji partiji „Narodnyj Sojuz Naša Ukrajina“. Online-Dokument: <[http://www.razom.org.ua/docs/nsnu/programme\\_ua.doc](http://www.razom.org.ua/docs/nsnu/programme_ua.doc)> [abgerufen 22.6.2006]). Der BJuT ist für die Öffnung des Landes für ausländische Investoren, macht aber etwa in Vorwahlplattformen außenpolitisch nur kurze und verschwommene Aussagen (vgl. Peredvyborna Programa Vyborschoho bloku polityčnych partij „Blok Juliji Tymošenko“. Online-Dokument: <[http://www.byut.com.ua/ukr/about\\_a\\_party/program](http://www.byut.com.ua/ukr/about_a_party/program)> [abgerufen 21.6.2006]).

<sup>39</sup> Vgl. Anm.5. Punkt 25 der „Universale“ sieht die Fortsetzung des Kurses der europäischen Integration der Ukraine mit der Perspektive des Beitrittes zur EU, die Erfüllung des EU-Ukraine-Aktionsplans sowie Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone mit der EU vor. Punkt 27 macht einen NATO-Beitritt von den Ergebnissen einer Volksabstimmung abhängig (die jetzt und in der überschaubaren Zukunft eindeutig mit einem Sieg der Gegner enden würde).

<sup>40</sup> SPU und KPU lehnen einen NATO-Beitritt ab. Insbesondere letztere ist vorrangig für eine Zusammenarbeit (oder sogar „Integration“) mit Russland und Belarus.

<sup>41</sup> Die Regierung wird nicht mehr vom Präsidenten eingesetzt, sondern wird von der parlamentarischen Mehrheit bestimmt.

für die NATO ist nicht zuletzt wegen der Aussage des Regierungschefs, den Weg der Ukraine in die NATO verlangsamen zu wollen<sup>42</sup>, vorerst nicht realistisch. Gegensätze zwischen dem energisch am Westkurs festhaltenden Präsidenten Juschtschenko und dem Regierungschef traten auch in unterschiedlich gewichteten Gesetzesentwürfen der beiden Akteure für die Anpassung an WTO-Richtlinien zu Tage.<sup>43</sup>

Obwohl Janukowitsch – jedenfalls in Interviews für westliche Medien – das Ziel des Beitrittes zu EU und NATO grundsätzlich nicht in Frage stellt,<sup>44</sup> haben die jüngsten Entscheidungen der neuen Regierung die innenpolitischen Beschränkungen der außenpolitischen Prioritätensetzung von Präsident und Außenministerium aufgezeigt. Dies könnte bei den 2007 beginnenden Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen mit Brüssel jenen EU-Mitgliedsstaaten entgegenkommen, die der von Juschtschenko gewünschten und von der polnischen Regierung geforderten klaren EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine ablehnend gegenüberstehen.

---

<sup>42</sup> Ukraine: Blue-Orange Rift Reemerges. Online-Dokument: <<http://www.rferl.org/featuresarticle/2006/11/69DBF3EF-574B-4E07-8E76-D5959A5D6E> A 9.html> (abgerufen 29.11.2006).

<sup>43</sup> Malymy krokamy – v JeS. In: Den', 28.11.2006. Online-Dokument: <<http://www.day.kiev.ua/170917/>> (abgerufen 29.11.2006).

<sup>44</sup> Vgl. „Niemand will das Ziel Nato-Mitgliedschaft ändern“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2006.